Mobiler Fachtag

29. September 2006

Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort

Opferperspektive

Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Impressum

Verantwortliche Herausgeberin:

Opferperspektive e.V.
Schlossstraße 1
14467 Potsdam
Telefon: 0171 1935669
E-Mail: info@opferperspektive.de
Vertretungsberechtigter Vorstand: Marcus Reinert
Vereinsregister: Amtsgericht Potsdam VR 2045

In Kooperation mit dem

Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Redaktion: Martin Beck, Dacia Christin, Jonas Frykman

Mitarbeit: David Begrich (Arbeitsstelle Rechtsextremismus beim Verein Miteinander Sachsen-Anhalt); Ulrike Borrmann (Schülerin); Thomas Bürk-Matsunami (Sozialgeograf); Lorenz Korgel (Koordinator der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus); Christoph Schulze (Journalist); Nicola Scuteri, Gabriele Schlamann (Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/Mobiles Beratungsteam); Beate Selders (Journalistin und Soziologin)

Gestaltung: Sabine Steinhof

Lektorat: Britta Grell

Fotos:
Christian Ditsch/version (S. 7, 17, 20, 21)
dehli-news.de (S. 9)
JWP MittenDrin (S. 11)
Peter Geisler/MAZ (S.16)
Mobiles Beratungsteam (S. 18)
Opferperspektive e.V. (S. 5, 10, 13, 19, 26, 28)
Stadt Rheinsberg (S. 23)

Potsdam, September 2006

Inhaltsverzeichnis

2 Programm

3 Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort

4 Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin: Eine Skizze

7 Rechtsextremismus fängt im Alltag an

9 Mehr Neonazis. Aus dem Verfassungsschutzbericht 2005

10 »Nationale Jugendarbeit«: das Beispiel Neuruppin

12 Rechtsextreme Einstellungen in der Brandenburger Peripherie

13 Angriffsziel Imbiss

14 Die »Bewegung Neue Ordnung«

15 Demokratisches Engagement gegen Rechtsextreme

16 Interview: Judith Porath, »Opferperspektive«

17 Interview: Heinz-Joachim Lohmann, »Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit«

18 Interview: Wolfram Hülsemann, »Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung«

20 Polizei, Justiz und rechte Gewalt

21 Polizeiliches Vorgehen »am Anschlag«

22 Staatsanwaltschaften: Sonderdezernate gegen Rechtsextremismus

23 Rheinsberg: Standortfaktor Rechtsextremismus

25 »Angriff auf uns alle« – Dokumentation eines Offenen Briefes

25 »Rufmord an einer Stadt« – Dokumentation eines Leserbriefes

26 Wittstock: Eine Stadt kämpft um ihren Ruf

28 Nazis auf dem Markplatz. Alltag in Wittstock

Programm

8.45 Begrüßung durch Heinz-Joachim Lohmann
(Ort: Landtag Potsdam)

9.00 »Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort«
Jonas Frykman
»Erfahrungen von Opfern rechter Gewalt«
Simon Ramirez-Voltaire
(Fahrt: Potsdam-Neuruppin)

10.15 »Verfolgung rechtsmotivierter Straftaten: Erfahrungen, Strukturen, Strategien«
Dieter Kahler, Lolita Lodenkämper, Gerd Schnittcher. Moderation: Dominique John
(Ort: Staatsanwaltschaft Neuruppin)

11:45 »Rassistische Brandanschläge gegen Imbisse und Geschäfte«
Beate Selders
»Störende Faktoren – für demokratische Partizipation im ländlichen Raum«
Wolfram Hülsemann
(Fahrt: Neuruppin-Rheinsberg)

12:45 »Kommunalpolitische Strategien gegen Rechtsextremismus«
Manfred Richter
Moderation: Anna Spangenberg
(Ort: Freiwillige Feuerwehr Rheinsberg)

13:30 Mittagessen
mit Ulrike Bormann, Dr. Peter Böthig, Mehmet Çimendag, Ilona Kretzschmar-Schmidt, Kristina Nauditt, Manfred Richter, Andreas Vogel, Lingli Yin
(Ort: Restaurant »Große Mauer« Rheinsberg)

14:45 »Radikale Rechte in kleinstädtischen Räumen – das Beispiel Wittstock«
Thomas Bürk-Matsunami
(Fahrt: Rheinsberg-Wittstock)

15:30 »Rechtsextreme Strukturen in Nordwestbrandenburg«
Nicola Scuteri
»Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus«
Gisela Guskowsky-Bork
Begrüßung durch Lutz Scheidemann, Moderation: Dominique John
(Ort: »Torbogenhaus« Wittstock)

16:45 Abschlussgespräch
Moderation: Wolfram Hülsemann
(Ort: Museum »Alte Bischofsburg« Wittstock)

Rechtsextremismus in Brandenburg
Einblicke vor Ort

Rechtsextremismus in Brandenburg war in den vergangenen Monaten das Thema vieler Zeitungsbeiträge und Talkshows. »Reisewarnung für Ostdeutschland« (Der Spiegel) und »Wo die Angst regiert« (Die Zeit) lauteten die Schlagzeilen der Debatte darum, ob manche Regionen der Mark zu »No-go-areas« für MigrantInnen geworden sind. Unumstritten: Rechtsmotivierte Straf- und Gewalttaten haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Den Vorhersagen zufolge wird die NPD nach ihrem Wahlerfolg in Sachsen nun in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einziehen. Im Potsdamer Landtag sitzt die DVU schon seit 1999. Dies sind auch Folgen davon, dass sich der Rechtsextremismus in dem Jahrzehnt nach der Vereinigung nahezu ungehindert in verschiedenen soziokulturellen Milieus Ostdeutschlands verankern konnte. Neonazis schlagen nicht nur zu, sie gründen auch Bürgerinitiativen, drängen in Feuerwehren und Vereine, treten als ElternsprecherInnen auf – und zunehmend werden sie dabei als anständige Leute angesehen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen.

Ostprignitz-Ruppin ist nicht der Landkreis mit der höchsten Zahl rechter Straftaten in Brandenburg. Aber der Landkreis ist einer der ländlich geprägten Räume, in denen Rechtsextremismus ein ernstes Problem darstellt. Zugleich ist der Kreis von den typischen strukturellen Problemen der Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Alterung betroffen. Mit der wirtschaftlichen wird hier auch die soziale Grundversorgung mehr und mehr eingeschränkt. Die Zugänge zu Bildung werden erschwert. Soziale Beratung wird tendenziell nur noch in Oberzentren angeboten. Auch jene Strukturen, die erst Ende der 1990er Jahre geschaffen wurden, um dem Vordringen einer rechtsextremen Alltagskultur entgegen zu wirken, werden reduziert: polizeiliche Sondereinheiten, spezialisierte Beratungsstellen für Opfer, Kommunen und Schulen.

Der Fachtag des Vereins Opferperspektive und des Aktionsbündnisses gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ist – wie die Arbeit in ländlichen Räumen – mobil. Er ist als ein Forum gedacht, in dem jene Akteure zu Wort kommen und befragt werden können, die sich unter schwierigen Voraussetzungen mit Rechtsextremismus auseinander setzen. Die Erfahrungen von Polizei und Staatsanwaltschaft stehen in Neuruppin im Mittelpunkt, kommunalpolitische Strategien in Rheinsberg, den dritten Schwerpunkt bildet in Wittstock das Engagement von BürgerInnen. Dazu sind in diesem Heft einige Hintergrundinformationen zusammengefasst.

Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin: Eine Skizze

Hoher Himmel, grüne Wälder, saftige Weiden und klare Seen. Wer sich von Berlin aus über die Autobahn auf den Weg in Richtung Hamburg oder Rostock macht, erreicht kurz vor der Landesgrenze zu Mecklenburg-Vorpommern den Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Viele Erholungssuchende aus dem Berliner Ballungsraum, aber auch eine jährlich steigende Zahl von Kulturbegeisterten wissen die Reize dieser Region zu schätzen.

Im Norden in die Mecklenburgische Seenplatte übergehend, umfasst der Landkreis Ostprignitz-Ruppin den Osten der Region Prignitz und das Ruppiner Land. Im Nordwesten Brandenburgs gelegen, grenzt er an die Landkreise Prignitz und Oberhavel, mit denen er eine »Regionale Planungsgemeinschaft« bildet, und an den Landkreis Havelland. Der Landkreis wurde erst im Dezember 1993 entsprechend dem Kreisneugliederungsgesetz des Landes Brandenburg aus den vorherigen Kreisen Kyritz, Neuruppin und Wittstock geschaffen. Bestrebungen, Ostprignitz auch mit Prignitz zu fusionieren und somit einen die ganze Prignitz umfassenden Landkreis zu kreieren, wurden damals von der Landesregierung abgelehnt.

Der Landkreis ist in drei Ämter, vier amtsfreie Städte und drei amtsfreie Gemeinden gegliedert. Insgesamt leben in neun Städten und 25 Gemeinden etwa 108.000 EinwohnerInnen. Der Ausländeranteil liegt bei zwei Prozent. Kreisstadt und Verwaltungssitz ist Neuruppin. Der Kreis zählt auf Grund seiner Randlage zum »Äußeren Entwicklungsraum« (ÄER). In Brandenburg wird raumplanerisch zwischen den Gebieten im so genannten »Speckgürtel« um Berlin und Potsdam (»Engerer Verflechtungsraum«, EVR) und den peripheren, ländlich geprägten Regionen unterschieden.

Können die Gemeinden im Berliner und Potsdamer Umland von ihrer Nähe zu den großstädtischen Zentren profitieren, insbesondere durch den Zuzug von Wohnbevölkerung, Unternehmensgründungen und -erweiterungen und die damit verbundene Ansiedlung von Arbeitsplätzen, nehmen in den strukturschwachen Regionen Brandenburgs Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen und gravierende Defizite bei der Grundversorgung zu. Die mit der Abwanderung von jungen und qualifizierten Menschen einhergehenden demografischen Veränderungen gefährden diese Regionen inzwischen in ihrem Bestand als eigenständige Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsräume. Auch Ostprignitz-Ruppin ist von dieser Entwicklung betroffen.

Abwanderung, Alterung, Arbeitslosigkeit

Abwanderung, Alterung und strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit – mit diesen drei Stichworten lässt sich die soziale Realität in Ostprignitz-Ruppin beschreiben. Mit 2.509 km² ist der Kreis von der Fläche her der drittgrößte des Landes Brandenburg, das als fünftgrößtes Flächenland der Bundesrepublik mit nur 2,6 Millionen EinwohnerInnen eine der geringsten Bevölkerungsdichten aufweist (87 Einwohner/km²). Die Bevölkerungsdichte des Landkreises Ostprignitz-Ruppin beträgt noch weniger als die Hälfte. Seit 1989 haben rund zehn Prozent der BewohnerInnen die Region verlassen.

Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Laut Prognose des »Landesbetriebs für Datenverarbeitung und Statistik« werden im Jahr 2030 nur noch 96.000 Menschen in der Region leben. Das Durchschnittsalter steigt dann um 9,9 auf 52,9 Jahre an. Der Altenquotient (Verhältnis der über 65-Jährigen zu den Erwerbsfähigen) wird der Prognose zufolge bis zum Jahr 2030 von heute 30 auf 76,6 Prozent steigen.

Der Landkreis ist also mit einer Entwicklung konfrontiert, die in Zukunft enorme Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und Infrastruktur haben wird. Verstärkt wird diese Problematik durch den wirtschaftlichen Strukturwandel. So nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Jahren kontinuierlich ab. Waren es 1999 noch 36.246 Personen, so ging die Zahl bis 2004 auf 31.452 zurück. Im gleichen Zeitraum nahm die Erwerbslosenquote von 19,6 auf 26,2 Prozent zu. Im Vergleich mit anderen Landkreisen Brandenburgs liegt Ostprignitz-Ruppin bei der Arbeitslosigkeit im unteren Drittel. Das durchschnittliche reale monatliche Haushaltsnettoeinkommen betrug hier im Jahr 2004 1.353 Euro, das entspricht 91 Prozent des Landesdurchschnitts von 1.480 Euro.

Rund acht Prozent der Beschäftigten sind in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) tätig, etwa 29 Prozent im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) und 63 Prozent im Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor). Entwicklungsperspektiven bietet insbesondere der Tourismus. Auf Grund des landschaftlichen Potenzials, des hohen Freizeitwerts des Naturraums und der breit gefächerten Angebote im sportlichen und kulturellen Bereich verzeichnet die Region stabile Besucherzahlen. Das wiederum bietet günstige Voraussetzung für die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Im Bereich der erneuerbaren Energien nimmt der Landkreis eine führende Stellung im Land Brandenburg ein.

Der größte politische Konflikt entzündete sich in der Region an den Plänen der Bundeswehr, einen ehemaligen Truppenübungsplatz der Roten Armee von der Größe eines Sechstels der Fläche Berlins als Kampffliegerübungsgelände nutzen zu wollen. Seit 1992 haben sich über 90.000 Menschen an Protestwanderungen und anderen Aktionen beteiligt. Ein breites Bündnis aus Kommunen und Kirchengemeinden, Bauern, kulturellen Einrichtungen, Kreis-, Landtags- und Bundestagsabgeordneten und vielen anderen setzt sich für die zivile Nutzung des Geländes ein. Sie befürchten, dass die Lärm- und Schadstoff-Emissionen Einbußen für den Tourismus mit sich bringen werden, der sich in den letzten Jahren als zentrales ökonomisches Standbein dieser malerischen, aber strukturschwachen Region entwickelt hat. *mb*

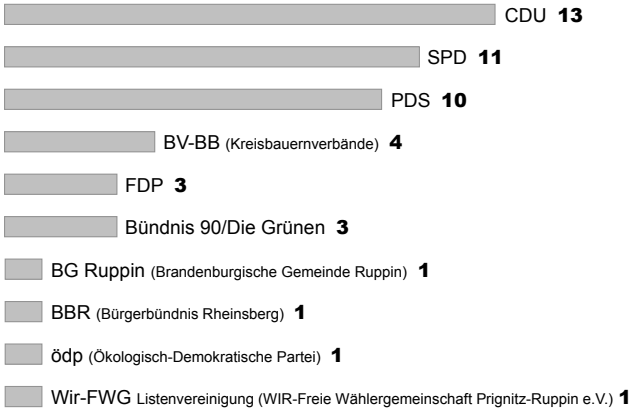
Alle Daten sind entnommen den »Brandenburger Sozialindikatoren 2005. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg«, herausgegeben vom »Landesgesundheitsamt im LASV« in Kooperation mit dem »Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg«, sowie der »Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2005-2030«, herausgegeben vom »Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg«.

Bei Neuruppin, September 2006

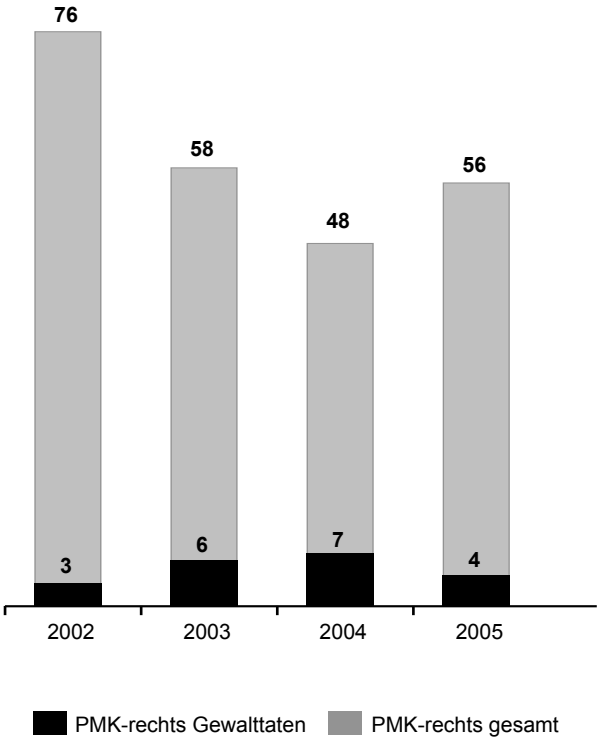
Profil Ostprignitz-Ruppin

Bevölkerung:	**108.538**
Fläche:	**2.509 km²**
Siedlungsdichte:	**43 Einwohner/km² (Bund: 231)**
Ausländische Wohnbevölkerung:	**2.190 (2,0%)**
Gliederung:	**25 Gemeinden**
Beschäftigte:	**30.355**
Arbeitslose:	**10.265 (17,9%), Stand: 7/2006**
Landrat:	**Christian Gilde (SPD)**

Kreistag / Sitzverteilung

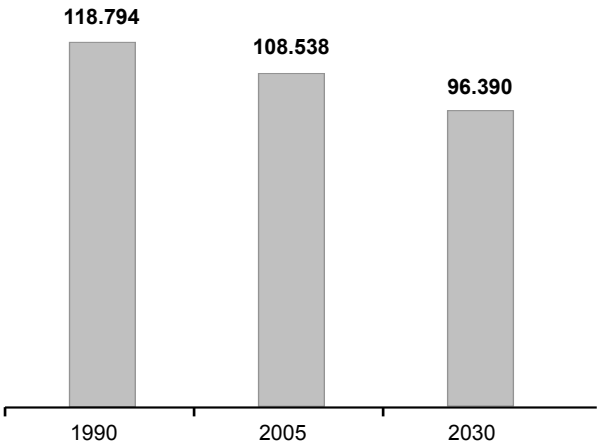


Politisch motivierte Kriminalität-rechts



Daten: LKA Brandenburg, Stand: September 2006

Prognose der Bevölkerungsentwicklung



Quelle: LDS Brandenburg

Rechtsextremismus fängt im Alltag an

Am Morgen des 15. Juni 2006 traute der Hausmeister der Graf-von-Arco-Oberschule seinen Augen nicht. Am Heizhaus der Nauener Schule wehte in 20 Meter Höhe eine Hakenkreuzfahne. Mit Hilfe der Feuerwehr wurde das NS-Symbol entfernt; die Polizei nahm die Ermittlungen auf. Nauen und Umgebung waren bereits in Jahren 2004/2005 in die Schlagzeilen geraten. Damals gingen zehn Imbisse in Flammen auf. Wie eine Analyse des Potsdamer Innenministeriums später feststellte, waren die Ansichten und zum Teil auch die Absichten der rechten BrandstifterInnen in der Stadt allgemein bekannt.

Der »Heimatbund Ostelbien« lud am 24. Juni 2006 zu einer Sonnwendfeier in Pretzien. Im Laufe des Abends betraten sechs junge Männer mit Fackeln die Szenerie. Sie hielten eine Rede über germanische Bräuche und Rituale. Dann warfen sie eine US-Flagge und ein Exemplar der Tagebücher der Anne Frank ins Feuer. Keiner der rund 90 BesucherInnen unternahm etwas gegen diese neonazistische Inszenierung – auch nicht der anwesende Bürgermeister. Und selbst die herbeigerufenen PolizistInnen behandelten den Vorfall lediglich als »Ruhestörung«, da ihnen die Bedeutung des Anne-Frank-Tagebuchs angeblich nicht bewusst war.

Rechtsextreme Erlebniswelten

Nauen und Pretzien können als typische Beispiele für eine Entwicklung in vielen Regionen Ostdeutschlands betrachtet werden. Dort ist eine rechtsextreme Alltagskultur vorzufinden, die erschreckend starke Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft hat und weit über den engen Kreis der organisierten Neonazis hinaus wirkt. AktivistInnen neonazistischer Kameradschaften sind in die lokalen Strukturen integriert und werden von KommunalpolitikerInnen und Honoratioren als GesprächspartnerInnen akzeptiert. Dabei ist eine gesellschaftliche Dynamik entstanden, die sich auch unabhängig von der Existenz organisierter neonazistischer Vereinigungen vor Ort entfaltet.

Binnen eines Jahrzehnts haben sich aus dem Umfeld des jugendkulturellen Rechtsextremismus Strukturen herausgebildet, die sich als scheinbar »normaler« Diskurs- und Interaktionspartner demokratischer Institutionen und gesellschaftlicher Gruppen im Szene setzen können. Während Kameradschaftsbündnisse regelmäßig Demonstrationen durchführen oder zur sozialen Frage agitieren, widmen sich Heimatgruppen der Brauchtumspflege. Volkstänze werden eingeübt, Wanderungen durchgeführt, paramilitärische Zeltlager veranstaltet. Eine Vielzahl von Läden bedient die rechte Szene mit Accessoires und Rechtsrock, »nationale Wohnprojekte« ermöglichen ungestörte Neonazi-Konzerte. Durch die stetige Präsenz und die Übernahme sozialer Aufgaben durch Rechte, etwa auf Stadtteilfesten, in dörflichen Jugendklubs oder in der Freiwilligen Feuerwehr, ist »Rechtssein« hier zur Normalität geworden. Gleichzeitig versuchen die Neonazis, auf der lokalen Ebene als ernsthafte politische Kraft wahrgenommen zu werden. Sie demonstrieren gegen Hartz IV, mobilisieren gegen alternative Jugendzentren oder rufen Bürgerinitiativen für Ordnung und Sicherheit und gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften ins Leben.

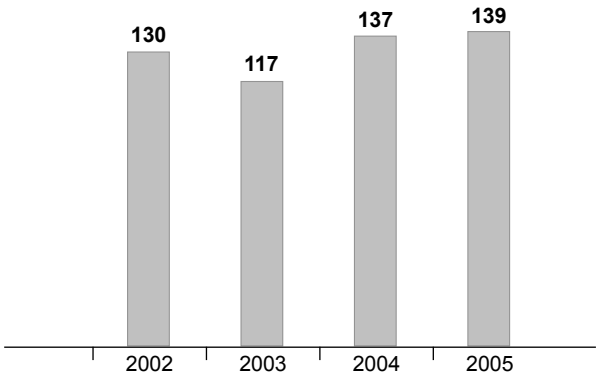
Jedoch beschränken sich Neonazis nicht auf die Beeinflussung gesellschaftspolitischer Diskussionen. Gewaltanwendung gegen politische GegnerInnen und Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen, ist für sie ebenso ein legitimes Mittel zur

Umsetzung der eigenen politischen Ziele. Gewaltanwendung und diskursive Intervention sind zwei Seiten einer Medaille und nicht voneinander zu trennen. Ein Beispiel: Die Harzregion in Sachsen-Anhalt wurde in den letzten Monaten von einer Welle rechter Gewalttaten erschüttert. Laut Angaben der »Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt« fielen vor allem nichtrechte Jugendliche den SchlägerInnen zum Opfer. Schlagzeilen machte die Region allerdings in anderer Sache: Im März 2006 sagte der Halberstädter Landrat ein Konzert des Liedermachers Konstantin Wecker ab. Der NPD-Kreisverband hatte gegen den Auftritt Stimmung gemacht und der Verwaltung gedroht. Man werde den Auftritt so genannter nationaler Liedermacher in Schulen und Jugendeinrichtungen gerichtlich erzwingen, kündigte der NPD-Kreisvorsitzende Matthias Heyder an, sollte das Konzert von Konstantin Wecker in öffentlichen Räumen stattfinden. Die Kreisverwaltung wurde in der Öffentlichkeit heftig für die Absage kritisiert. In der Stadt schloss man die Reihen und bejammerte die »Medienkampagne aus dem Westen«, die Halberstadt in einem falschen Licht erscheinen ließe. In den folgenden Wochen nutzten die Neonazis jede Gelegenheit, um ihre Sicht der Dinge darzustellen. Dabei waren Teile der Öffentlichkeit offenkundig bereit, die Neonazis als gleichberechtigte Diskussionspartner zu akzeptieren, solange sie sich nicht als »Krawallmacher«, sondern als »seriöse« Vertreter berechtigter politischer Anliegen gebärden.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer erfolgreichen sozialräumlichen Durchdringungstaktik, die gegenwärtig innerhalb der Strategien des organisierten Rechtsextremismus eine Schlüsselfunktion einnimmt. Die konspirative Unterwanderung von Heimat- und Schützenvereinen gehört vielerorts der Vergangenheit an. Oftmals müssen Neonazis nicht mehr verdeckt agieren, da einzelne Aspekte ihrer Ideologie wie der »Heimatschutz« anschlussfähig geworden sind. Insofern sind die oben genannten Beispiele nur Belege für das hohe Ausmaß der gesellschaftlichen Verankerung rechter Identitäts- und Politikangebote in kleinstädtischen und ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Sie verweisen gleichzeitig auf eine Erosion demokratischer Institutionen auf der lokalen Ebene. Die neonazistischen Akteure werden nicht mehr in erster Linie als »Neonazis« wahrgenommen, sondern als »honorige« Personen, die im Dienste der Gemeinschaft tätig sind.

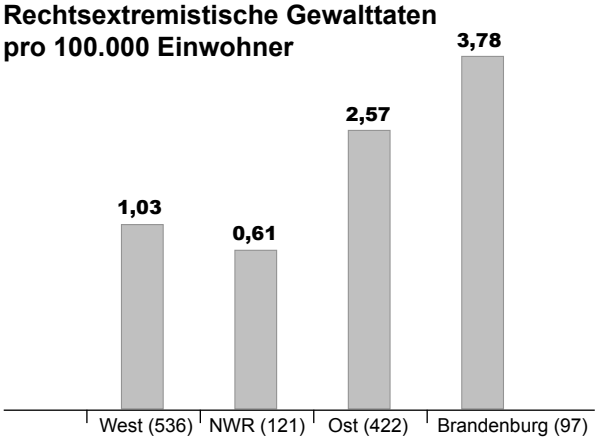
Diese Entwicklung ist gegen und unterhalb der Reichweite und Wirkungsmacht der lokalen politischen Eliten durchgesetzt worden – bisher in erster Linie über die lebensweltliche Verankerung und Attraktivität einer rechtsextremen Jugendkultur. Diese rechte Erlebniswelt integriert und sanktioniert gleichermaßen. Sie sanktioniert normabweichendes Verhalten vor allem präventiv. Ein Ergebnis: In manchen Regionen sind Träger alternativer Sozialisationsangebote schlichtweg nicht mehr auffindbar. *db*

Rechte Gewalttaten in Brandenburg



Quelle: Opferperspektive
Anders als bei der polizeilichen Statistik (PMK-rechts-Gewaltdelikte) sind hier auch Bedrohungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen erfasst.

Rechtsextremistische Gewalttaten pro 100.000 Einwohner



Daten: Bundesamt für Verfassungsschutz
Erfasst sind extremistische Gewalttaten aus dem Bereich Politisch motivierte Kriminalität-rechts.

Mehr Neonazis.
Aus dem Verfassungsschutzbericht 2005

Cottbusser Fußballfans, Dezember 2005

»Rechtsextremismus ist nach wie vor die wichtigste Aufgabe, mit der sich der Brandenburger Verfassungsschutz zu beschäftigen hat«, sagte Innenminister Jörg Schönbohm bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2005. Demzufolge ist die Zahl der RechtsextremistInnen im Land von 1.290 im Vorjahr auf 1.385 angestiegen.

Bei den Bundestagswahlen am 18. September 2005 erhielt die NPD in Brandenburg 1,6 Prozent der Stimmen, in Ostprignitz-Ruppin waren es 2,7 Prozent. Der DVU war es 2004 mit 6,1 Prozent der Stimmen – einem Zuwachs gegenüber den vorangegangenen Wahlen – erneut gelungen, in den Landtag einzuziehen. Neonazistische Kameradschaften arbeiten zum Teil mit den rechten Parteien zusammen; so kandidierte der Anführer des »Märkischen Heimatschutzes« auf der NPD-Liste zur Bundestagswahl. Das Innenministerium verbot 2005 die Kameradschaften »Hauptvolk«, »Sturm 27« und ANSDAPO.

Rechtsextreme Subkulturen und Jugendcliquen, von denen zum Teil schwere Gewalttaten ausgehen, hat der Verfassungsschutz in zahlreichen Kommunen, unter anderem in Rheinsberg und Wittstock, festgestellt. Rechte Modeartikel, etwa von der Brandenburger Firma »Thor Steinar«, spielen für diese Gruppen eine wichtige Rolle, ebenso wie Musik. Dem Verfassungsschutz sind 13 rechte Bands in Brandenburg bekannt, von denen die Hälfte 2005 gegründet wurden. Sowohl die Kameradschaften als auch NPD und DVU verteilen kostenlose »Schulhof-CDs«, um Jugendliche zu rekrutieren. Das Innenministerium hat die Indizierung zahlreicher CDs beantragt. *dc*

»Nationale Jugendarbeit«: das Beispiel Neuruppin

SS-Verehrung in Halbe, November 2004

Das Treppengeländer ist rostig, die Kellertür verriegelt. Nichts erinnert daran, dass noch vor wenigen Jahren Neonazis im Souterrain des Kindergartens im Neuruppiner Neubaugebiet ein und aus gingen. Der »Bunker« in der Arthur-Becker-Straße war acht Jahre lang der Treffpunkt der rechten Szene.

Nach der Wende war in Neuruppin eine rechtsorientierte Jugendkultur herangewachsen. Gruppen junger Männer machten Jagd auf Linke und AsylbewerberInnen, 1992 erschlugen Skinheads den Obdachlosen Emil Wendland. Die Stadtverwaltung reagierte und richtete mit dem Verein »Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin« (IJN) den »Bunker« ein, um gezielt rechte Jugendliche zu betreuen. Der rührige NPD-Kreisverband und die in der Stadt aktive Neonazi-Truppe »Die Nationalen« ließen sich von SozialarbeiterInnen aber nicht irritieren. Sie nutzten den Klub als Rekrutierungsort. Dem als »Opa Lange« stadtbekannten Altnazi Wilhelm Lange gelang es kurzfristig sogar, sich als Mitarbeiter in den Trägerverein einzuschleichen. Die Szene blühte auf, die Gewalt nahm zu. Der »Bunker« avancierte bald zur Schaltzentrale, in der rechte Konzerte und Demonstrationen organisiert wurden.

1996 entließ die IJN den »Bunker« in die Selbstverwaltung. Die Neonazis gründeten daraufhin den Verein »Jugendtreff« und traten mit dem Jugendamt in Verhandlung. Kurz vor der Anerkennung des Neonazi-Vereins als Träger der städtischen Jugendarbeit zog die Verwaltung nach einem Hinweis von der IJN die Notbremse.

Der »Bunker« wurde im März 2000 geschlossen. Eine wichtige Rolle in diesem für viele der Verantwortlichen schmerzhaften Lernprozess spielte das alternative Jugendzentrum »MittenDrin«, das immer wieder auf die Gefahr durch einen von Neonazis betriebenen Klub hingewiesen hatte. »Es ist falsch anzunehmen, dass die rechte Szene durch die von ihnen geforderten Räume und ›Freiräume‹, eventuell sogar durch Jugendarbeit zu steuern wäre«, bilanzierten der Bürgermeister, der Jugendhilfeausschuss und die freien Träger in einer Erklärung nach der »Bunker«-Schließung.

In den Monaten danach kam es zu einer Gewalteskalation. Bis zu 60 Rechte marschierten mehrmals vor dem »MittenDrin«, dem »Jugendfreizeitzentrum« und dem kirchlichen »Café Hinterhof« auf. Die Jugendeinrichtungen trotzten der Bedrohung und verweigerten den Rechten konsequent den Zutritt zu ihren Räumen. Von der Stadt erhielten sie Fördermittel, um ihre kulturellen und sozialen Angebote für Jugendliche auszubauen.

Richtungswechsel in der Jugendpolitik

Rechtsextremismus ist weiterhin ein Problem geblieben. 2004 griff die Polizei ein, weil sich Dutzende Jugendliche bei »Opa Lange« eingefunden hatten, um dessen antisemitische Flugblätter zu verteilen. Der kürzlich verbotene »Schutzbund Deutschland« war in Neuruppin ebenfalls aktiv. Immer wieder kam es auch zu Gewalttaten. Im Oktober 2005 attackierten sechs Neuruppiner eine Gruppe mexikanischer MusikerInnen; zuletzt griff ein Rechter im April 2006 in einem Stadtbus einen Asylbewerber an. Aber von »Machtdemonstrationen« rechter Gruppen, die der Bürgermeister noch im Jahr 2000 beklagte, kann keine Rede mehr sein. Der Kurswechsel innerhalb der Kommunalpolitik hat Wirkung gezeigt. *cs*

Das andere Neuruppin

»Das ›MittenDrin‹ ist 1993 aus der Besetzung eines Hauses in der August-Bebel-Str. in Neuruppin hervorgegangen.« So stellt die Kommune Neuruppin auf ihrer Internetseite einen »zentralen Jugendtreff« in der Innenstadt vor. Seit 1998 sind die HausbesetzerInnen Mitglieder eines gemeinnützigen Vereins, der mit Fördermitteln der Kommune und des Kreises die mobile Jugendarbeit in der Kernstadt Neuruppin organisiert. Nach zähen Verhandlungen stellte die Stadt dem »MittenDrin« 2000 ein großes Haus zur Verfügung; im gleichen Jahr schloss die Verwaltung den rechten Jugendklub »Bunker«. Das »MittenDrin« bietet neben einer Jugendberatung und einem Café Räume für Jugendliche, die selbst etwas auf die Beine stellen wollen: Büros, Proberäume, eine Bühne und Werkstätten. Überregional bekannt wurde das Jugendzentrum durch Konzerte internationaler Punkbands, die auf Grund strenger Auflagen der Stadt jedoch nur noch selten stattfinden können.

2004 gab das »MittenDrin« den Anstoß für eine in Ostprignitz-Ruppin beispiellose Kampagne für ein multikulturelles Zusammenleben. Als die Jugendlichen von der drohenden Abschiebung einer befreundeten kurdischen Familie erfuhren, riefen sie die »Aktionsgruppe Kutlu bleibt!« ins Leben. Fünftausend BürgerInnen unterstützten mit ihrer Unterschrift die Forderung nach einem Bleiberecht für das Ehepaar und ihre drei Kinder, die seit 1996 in Neuruppin leben. Der Kampagne schlossen sich SPD, Linkspartei.PDS und CDU an; auch das Stadtparlament und der Kreistag sprachen sich für ein Bleiberecht aus. Nach zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen konnten die Neuruppiner am 1. August 2006 einen Erfolg feiern: Innenminister Jörg Schönbohm folgte dem Votum der Brandenburgischen Härtefallkommission und erteilte der Familie eine zweijährige Aufenthaltsgenehmigung. *jf*

Informationen: www.kutlubleibt.de

Protest vor dem Fontane-Denkmal, November 2005

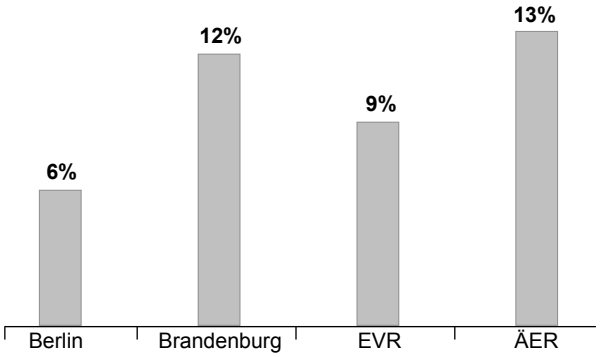
Rechtsextreme Einstellungen in der Brandenburger Peripherie

Das rechte Einstellungspotenzial in Deutschland wird regelmäßig von diversen Instituten mit unterschiedlichen Methoden untersucht. Eine im März 2005 veröffentlichte Forsa-Studie von Prof. Dr. Oskar Niedermayer und Prof. Dr. Richard Stöss zeigt die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westberlin sowie dem Berlin nahen »Engeren Verflechtungsraum« (EVR) und dem »Äußeren Entwicklungsraum« (ÄER), der Brandenburger Peripherie. Die Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung der wahlberechtigten Bevölkerung nach ihrer Zustimmung zu ausländerfeindlichen, pro-nazistischen, chauvinistischen und antisemitischen Aussagen in den vier genannten Erhebungsgebieten.

Den Ergebnissen zufolge ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial in Brandenburg mit zwölf Prozent doppelt so hoch wie in Berlin (sechs Prozent). Deutlich ist ebenfalls der Unterschied zwischen dem Berliner Umland (EVR), wo bei neun Prozent der Befragten rechtsextreme Einstellungen festgestellt wurden, und dem »Äußeren Entwicklungsraum«, zu dem der Landkreis Ostprignitz-Ruppin gehört, wo 13 Prozent gemessen wurden. Die Studie bestätigt Ergebnisse einer Forsa-Untersuchung aus dem Jahr 2002, die eine erheblich höhere Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung der strukturschwachen Regionen des ÄER festgestellt hatte.

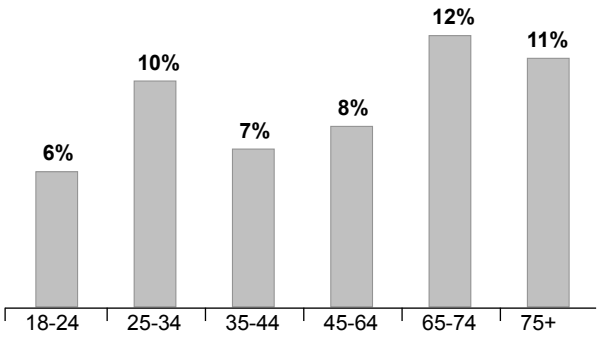
Entgegen landläufiger Erwartungen sind nach der aktuellen Studie rechtsextreme Einstellungen am stärksten in der Altersgruppe von 65 bis 74 Jahren anzutreffen (12,1 Prozent), während 5,5 Prozent der 18- bis 24-Jährigen rechtsextreme Einstellungsmuster zeigen. *dc*

Rechtsextremes Potenzial in Berlin und Brandenburg



Quelle: Niedermayer/Stöss 2005: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg
EVR: Engerer Verflechtungsraum/ÄER: Äußerer Entwicklungsraum

Rechtsextreme Einstellungen nach Altersgruppen in Berlin und Brandenburg



Quelle: Niedermayer/Stöss 2005: Rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg

Angriffsziel Imbiss

Brandanschlag in Rheinsberg, März 2005

Im Februar 2004 suchte eine Mitarbeiterin der »Opferperspektive« eine vietnamesische Familie in Nauen auf, deren Geschäft durch einen Brandanschlag zerstört worden war. Sie bat die Stadtverwaltung, über ein Hilfsangebot für die Familie nachzudenken, aber diese sah dazu keine Veranlassung. Die BrandstifterInnen wurden kurz darauf gefasst. Zwölf Jugendliche hatten eine »Kameradschaft Freikorps« gegründet und in einer Satzung festgehalten, dass sie MigrantInnen durch Anschläge vertreiben wollen. Insgesamt zehn Imbissbuden und Geschäfte zündeten sie an, Sachschaden: etwa 700.000 Euro.

Bei dem Prozess vor dem Brandenburgischen Oberlandesgericht kam heraus, dass viele in der Gemeinde gewusst hatten, wer die TäterInnen waren. »Es war allgemein bekannt, wer die Imbisse angezündet hat«, bekannte eine Lehrerin freimütig. Aber niemand informierte die Polizei. Die Jugendlichen wurden im März 2005 wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« verurteilt.

Während des Prozesses veröffentlichte die »Opferperspektive« die Ergebnisse einer Studie, die sie mit dem »Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt« und der Landesausländerbeauftragten in Auftrag gegeben hatte. Knapp 70 Anschläge seit dem Jahr 2000 sind darin aufgelistet. Die Soziologin Beate Selders und der Sozialgeograf Thomas Bürk-Matsunami hatten zahlreiche Imbissbesitzer befragt. Häufig berichteten diese von Anfeindungen und Zechprellerei durch Stammgäste, manchmal auch von kleineren Sachbeschädigungen im Vorfeld der Anschläge. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden in einer Broschüre veröffentlicht und – um Handlungsempfehlungen für Gewerbetreibende, Kommunen und politisch Verantwortliche ergänzt – in Kooperation mit dem Städte- und Gemeindebund allen Kommunen Brandenburgs zugesandt.

Nur drei Wochen nach dem Urteil gegen die »Kameradschaft Freikorps« wurde in der Nacht zum 30. März 2005 ein Dönerstand in Rheinsberg niedergebrannt. Dies war der vierte Anschlag gegen den Imbiss. Die Betreiberfamilie erwog nun, den Ort zu verlassen. Daraufhin verfasste die Gemeinde einen Offenen Brief und bot der Familie ihre Hilfe an. Zusammen mit der »Opferperspektive«, dem Aktionsbündnis und der Landesausländerbeauftragten rief Rheinsberg zu Spenden auf. Ein halbes Jahr später wurde der Imbiss mit einer Demonstration gegen Rassismus unter Teilnahme des Bürgermeisters wieder eröffnet.

Verantwortung übernehmen

Das Problem bleibt virulent: Im Februar 2006 wurden erneut ausländische Geschäfte in Rheinsberg angegriffen; der Haupttäter wurde im Mai dieses Jahres deshalb zu einer Haftstrafe verurteilt. Trotzdem haben das Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts, die Veröffentlichung der Untersuchung und das beispielhafte Engagement in Rheinsberg zu einer höheren Sensibilität gegenüber Diskriminierungen und Gewalt beigetragen, der ausländische Gewerbetreibende ausgesetzt sind. Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Ortrand ganz im Süden Brandenburgs. Nach einem Brandanschlag auf einen Dönerimbiss Ende Juni 2006 entschlossen sich der Bürgermeister, Jugendliche, Unternehmen und die Sparkasse, den Stand gemeinsam wieder aufzubauen. Für das Engagement wurde der Ort von der »Türkischen Gemeinde Deutschlands« ausgezeichnet. *jf*

Die »Bewegung Neue Ordnung«

Ende 2003 trat Jens Pakleppa, Landesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation, aus der Partei aus. Kurz darauf folgte ihm der Brandenburger NPD-Chef Mario Schulz mit dem gesamten Kreisverband Prignitz-Ruppin. Sie gründeten im Januar 2004 die »Bewegung Neue Ordnung«, kurz: BNO. Die NPD verlor damit ihre aktivsten Mitglieder und zwei Mandatsträger: Mario Schulz im Kreistag Prignitz und Matthias Wirth in der Stadtverordnetenversammlung von Wittstock. Beide behielten nach dem Parteiaustritt ihr Mandat.

Als Anlass für die Abspaltung nannten die BNO-Gründer die Nominierung eines gebürtigen Bosniers als NPD-Kandidat für die Europawahl, der tatsächliche Grund jedoch war die Radikalisierung des von ihnen vertretenen politischen Flügels. Die BNO präsentiert sich eindeutig antiparlamentarisch und ihr Grundsatzprogramm liest sich wie ein Auszug aus dem der NSDAP. Im Zentrum stehen völkische und revisionistische Positionen wie die Unterordnung aller gesellschaftlichen Aktivitäten unter ein »Wesen des deutschen Volkes« und die Wiedereingliederung der »geraubten Gebiete«. Die BNO trat bisher kaum öffentlich in Erscheinung. Stattdessen tauchten diverse Vorfeld- und Scheinorganisationen auf, unter deren Namen derselbe Personenkreis aktiv ist: »Schutzbund Deutschland«, »Deutsche Jugend«, »Bund Nationaler Sozialisten« und die Wählerinitiative »Ja zu Brandenburg«.

Zielgruppen: Arbeitslose und Hartz-IV-EmpfängerInnen

Der »Schutzbund Deutschland« wurde im Juli 2006 wegen seiner verfassungsfeindlichen Ziele und Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Das Hauptbetätigungsfeld der Organisation war die Verbreitung von Flugblättern und Plakaten. In Hausbriefkästen von Belzig bis Neuruppin waren monatlich neue Flugblätter »gegen das BRD-System« zu finden. Mit der Plakatserie »Du bist nicht Deutschland – du bist BRD« wurde gegen den afrodeutschen Fußballspieler Gerald Asamoah und gegen Homosexuelle gehetzt. Bereits im August tauchten wieder Flugblätter im Stil des Schutzbundes auf, diesmal unterzeichnet mit »Bewegung Neues Deutschland«.

Matthias Wirth (li.) mit Mario Schulz

Als organisatorischer Kopf der BNO gilt Mario Schulz. In der NPD war er für den »Kampf um die Straße« zuständig und meldete zahlreiche Aufmärsche an. Die Aktivitäten des Schutzbundes zeigen eine Veränderung dieser Strategie: Mit der Postwurf-Propaganda soll eine größere Masse an Menschen erreicht werden. Die Zielgruppen der Pamphlete sind Arbeitslose und das Umfeld der Proteste gegen Sozialabbau.

Neben der Werbung neuer AnhängerInnen geht es der BNO um die Vernetzung bestehender Kameradschaften. Es gibt gute Kontakte und personelle Überschneidungen mit Neonazi-Gruppen von der Lausitz bis nach Vorpommern. Die BNO-AktivistInnen bemühen sich um ein bürgerliches Auftreten. Eine Verbindung mit der militanten rechtsextremen Szene ist aber mehrfach dokumentiert. So wurde Markus M., der maßgeblich an den Ausschreitungen gegen ausländische Gewerbetreibende in Rheinsberg beteiligt war, im Propaganda-Verteiler des Schutzbundes geführt.

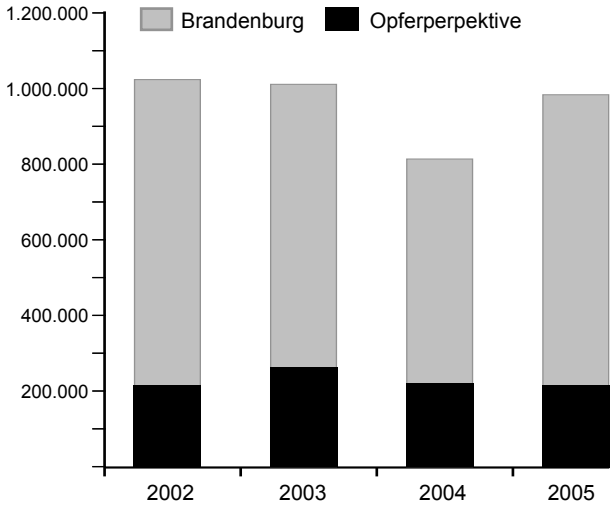
Im Kreistag und in der Wittstocker Stadtverordnetenversammlung tun sich die beiden BNO-Mitglieder Schulz und Wirth durch Inaktivität hervor. Bei den Landtagswahlen im September 2004 kandidierten sie auf der Liste »Ja zu Brandenburg« unter der Parole »Wir wählen das BRD-System ab«. Auf der Homepage war zu lesen, dass die Kandidatur allein der Finanzierung von Propaganda durch die staatliche Wahlkampfkostenerstattung diene. *bs*

Demokratisches Engagement gegen Rechtsextreme

Politische Strategien brauchen, um langfristig zu wirken, Unterstützung aus der Gesellschaft. Für das praktische Handeln gegen Rechtsextremismus ist – neben einem öffentlichen Problembewusstsein und einer angemessen Strafverfolgung – das funktionierende Zusammenspiel kommunaler Verantwortlicher, ehrenamtlich Engagierter und professionell mit dem Thema befasster Personen von besonderer Bedeutung. Im Idealfall kann man sich dieses Zusammenspiel wie ein Puzzle vorstellen. Die einzelnen Projekte und Initiativen legen ihre spezifischen Kompetenzen und Profile zusammen und bilden gemeinsam ein schlüssiges Konzept zur Stärkung demokratischer Werte in der politischen Kultur. Ihre verschiedenen Maßnahmen werden wirksam, wenn sie abgestimmt und vernetzt verlaufen, wenn sie durch fachliche Begleitung ihre Qualität selbstständig entwickeln können und wenn sie die Perspektive der von rechter Gewalt Betroffenen im Auge behalten.

Mit den »Beratungsteams für Opfer rechter Gewalt«, den »Mobilen Beratungsteams« (MBTs), regionalen Netzwerken und einer vielfältigen Projektlandschaft konnten in den ostdeutschen Ländern vielerorts solche Strukturen geschaffen werden. In Brandenburg wurden bereits in den 1990er Jahren Konzepte erprobt, die heute als gute Praxisbeispiele andernorts Anwendung finden. Dies gilt besonders für das »Mobile Beratungsteam« und den »Verein Opferperspektive«, aber auch für das Landesprogramm »Tolerantes Brandenburg« und seine Begleitung durch ein breites gesellschaftliches Aktionsbündnis.

Fördermittel des Bundesprogramms CIVITAS in Brandenburg



Quelle: Servicestelle CIVITAS

Arbeit in Netzwerken

Wie sich unterschiedliche Ansätze in Netzwerken verstärken, lässt sich am Zusammenwirken zwischen MBTs, Opferberatungsstellen und lokalen Akteuren sehen. Das MBT hat in seiner moderierenden Funktion die Möglichkeit, die Opferberatung und so die Perspektive der angegriffenen Personen in die kommunalen Diskussionen einzubeziehen. Auf diese Weise kann die Opferberatung die Interessenartikulation von Opfern stärken, während das MBT für den Abbau von Kommunikationsbarrieren sorgt. Beide Beratungsansätze sind in ihrer Arbeit auf funktionierende Netzwerke angewiesen. Im landesweiten Aktionsbündnis und in lokal ausgerichteten Zusammenschlüssen bündeln Vereine, Kirche, Verbände, öffentliche Verwaltung und Polizei – um nur eine Auswahl der Akteure zu nennen – ihre jeweiligen Kompetenzen und Ressourcen. Es sind meist diese Netzwerke, die Problemlagen offen benennen und nicht nur kleine Strohfeuer, sondern langfristige Maßnahmen initiieren und tragen. Dadurch gelang es vielerorts, das Problem des Rechtsextremismus auf die politische Agenda zu setzen und die fachliche Bearbeitung der Probleme weiterzuentwickeln. Im langfristigen Zusammenspiel der überregionalen Kompetenzstellen mit den lokalen VerantwortungsträgerInnen und zivilgesellschaftlichen Akteuren liegt die Chance für eine dauerhafte Etablierung demokratischer Werte im Alltag der Menschen. *lk*

»Eine weniger spektakuläre, dafür differenzierte Auseinandersetzung ist wichtig«

Judith Porath ist Geschäftsführerin der »Opferperspektive«, die 1998 als Projekt unter dem Dach der »Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg e.V.« (RAA) entstand.

Aufgabe:	Landesweite aufsuchende Beratung von Opfern rechter Gewalt
Gründung:	2000
Sitz:	Geschäftsstelle in Potsdam
Mitarbeiter:	7
Etat:	330.000 Euro, Förderung: Bundesprogramm CIVITAS, Landesregierung
	www.opferperspektive.de

Ihr Verein heißt »Opferperspektive«. Was wollen Sie mit diesem Namen ausdrücken?

Wir stellen uns an die Seite der Opfer und versuchen, ihre Wahrnehmung von rechter Gewalt, ihre Alltagserfahrungen mit Rassismus und ihre Bedrohung nachzuvollziehen. Aus dieser Perspektive sieht die Wirklichkeit anders und gefährlicher aus, als sie vom Staat, der Polizei oder von vielen BürgerInnen wahrgenommen wird. In unserer Satzung steht sinngemäß, dass wir für eine Gesellschaft arbeiten wollen, an der alle – und nicht nur eine Mehrheit – ohne Angst teilnehmen können. Für unsere Beratungsarbeit heißt das, dass wir einen klar parteilichen Ansatz verfolgen und uns an den Interessen und Bedürfnissen der Opfer orientieren.

In den Statistiken über rechte Gewalttaten in Deutschland steht Brandenburg immer weit oben. Welchen Beitrag leisten Sie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt?

Wir sorgen dafür, dass die Menschen, die sich hinter den Zahlen verbergen, vor Ort Hilfe bekommen. Wir bieten psychosoziale Begleitung an. Wir vermitteln RechtsanwältInnen, sorgen für DolmetscherInnen, FachärztInnen, Therapieplätze – je nachdem, was für die einzelne Person wichtig ist, um die Gewaltfolgen zu überwinden. Was oft unterschätzt wird, ist die Angst und Unsicherheit von FreundInnen und Angehörigen, denen wir auch Beratung anbieten. Man muss sich vorstellen, wie das ist, wenn man jeden Tag Angst hat, dass das eigene Kind wieder vor der Schule zusammengeschlagen wird. Das ist unser konkreter Beitrag. Darüber hinaus finde ich es schwer, das eigene Engagement angemessen zu würdigen. Wie sehr wir uns auch anstrengen – und das tun wir –, müssen wir doch auch sehen, wie sich Rassismus und Gewalt beständig reproduzieren. Ich denke aber, dass die »Opferperspektive« einen Anteil daran hat, dass heute mehr und besser über rechte Gewalt diskutiert wird. Die intensive Öffentlichkeitsarbeit und die Solidarität, die wir für die Opfer anregen, werden zum Teil wirksam. Allerdings ist das Wegsehen und Verschweigen immer noch eher die Regel als die Ausnahme.

Alle Vereine, die sich in Ostdeutschland gegen Rechts engagieren, benötigen finanzielle Unterstützung. Was aber erwarten Sie darüber hinaus von der Politik?

Da gibt es vieles. Wir wollen Unterstützung, auch finanzielle, natürlich. Ich wünsche mir aber auch eine grundsätzlich andere Perspektive. Seit 15 Jahren gibt es alle paar Jahre eine Situation, in der die Aufmerksamkeit groß ist. Das waren zuletzt die rechten Überfälle vor der Fußball-WM, davor war es der Wahlerfolg der NPD in Sachsen. Rechte Gewalt wird plötzlich ein drängendes Thema. Alle rufen nach Maßnahmen und zeigen Solidarität. Das ist schon richtig und ich will auch nicht die

ehrliche Besorgnis politisch Verantwortlicher in Abrede stellen. Aber wir sehen ja, dass es kein »hartes« Thema ist, bei dem wirklich über den richtigen Weg nachgedacht wird. Eine weniger spektakuläre, dafür aber differenzierte Auseinandersetzung wäre wichtig. Ich will noch eine Sache sagen, die mich regelmäßig ärgert: Dass MigrantInnen auf der politischen Ebene hauptsächlich als Problemgruppe oder Bedrohung diskutiert werden, ist nicht geeignet, um rassistischen Wahrnehmungen in der Bevölkerung zu begegnen.

Wann könnte man Ihrer Ansicht nach davon sprechen, dass sich die Situation für Menschen, die Gefahr laufen, Opfer rechter Gewalt werden, nachhaltig verbessert hätte?

Wenn ich wieder ohne innere Unruhe mit meinen ausländischen Freunden einen Samstag am Badesee verbringen kann.

»Wir sind herausgefordert, uns zu wehren«

Heinz-Joachim Lohmann ist Vorsitzender des »Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit«, dem in Brandenburg 34 Verbände, acht Initiativen und drei Einzelpersonen angehören.

In den Statistiken über rechte Gewalttaten in Deutschland steht Brandenburg immer weit oben. Welchen Beitrag leistet das Aktionsbündnis zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt?

Wir reagieren auf Übergriffe, üben Solidarität mit den Opfern von rassistischer Gewalt, unterstützen lokale Initiativen durch Beratung und soweit möglich mit finanziellen Hilfen. Darüber hinaus fördern wir ein Netzwerk, dessen Mitglieder bei Aktionen und Projekten vielfältigster Art zusammenarbeiten, vermitteln eigene Impulse in der politischen Auseinandersetzung zu den Problemen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Auch verstehen wir uns als Partner und kritischer Begleiter der Landesregierung bei ihrer Umsetzung des Handlungskonzepts »Tolerantes Brandenburg«.

Wie hat sich die Situation in Brandenburg seit dem Ende der 1990er Jahre verändert?

Seit den 1990er Jahren haben wir in Brandenburg eine dramatische Zunahme rechter Gewalt erlebt, die zu lange von den Verantwortlichen verharmlost wurde. Heute geht das Land bewusster mit diesem Problem um. Anschaulichstes Beispiel hierfür ist das 1998 auf den Weg gebrachte Handlungskonzept »Tolerantes Brandenburg«. Diese Maßnahmen versuchen, ein signifikantes Erstarken der organisierten Rechtsextremen zu verhindern, und haben zu einer Sensibilisierung für das Thema Rechtsextremismus in der Gesellschaft geführt. Allerdings greifen Ansätze zu kurz, die die politische Auseinandersetzung lediglich mit dem organisierten Rechtsextremismus suchen. Rechtsextremismus ist nicht begrenzt auf Parteien oder Kameradschaften, er findet sich in verschiedenen Erscheinungsformen mitten in unserer Gesellschaft.

Aufgabe:	Mobilisierung der Gesellschaft gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Förderung der Menschenwürde und Demokratie
Gründung:	1998
Sitz:	Geschäftsstelle in Potsdam
Mitarbeiter:	3
Etat:	50.000 Euro, Förderung: Landesregierung
	www.aktionsbuendnis.brandenburg.de

Wo besteht Ihrer Meinung nach hier der größte Handlungsbedarf?

Die politische Bildungsarbeit, die den Einzelnen in seiner eigenständigen politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit unterstützt, muss weiter ausgebaut und darf nicht eingeschränkt werden. Die Jugendarbeit wird heute landauf, landab zusammengestrichen. Das Gegenteil ist notwendig, wenn junge Leute dauerhaft Angebote vorfinden sollen, die attraktiver sind als die der Neonazis.

Alle Vereine, die sich in Ostdeutschland gegen Rechts engagieren, benötigen finanzielle Unterstützung. Was aber erwarten Sie darüber hinaus von der Politik?

Zivilgesellschaftliches Engagement ist unabdingbar. Ja, es ist der Schlüssel zu Erfolgen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Politik muss mit guten Beispielen vorangehen: Wenn alljährlich vor dem Volkstrauertag in Halbe von Neonazis das Gedenken missbraucht wird zur Verherrlichung des Nationalsozialismus, dann ist auch die Politik gefordert, die BürgerInnen – ohne Rücksicht auf Parteidünkel – geschlossen in ihren Aktivitäten für Demokratie zu unterstützen. Wenn heute rechtsextreme Organisationen wieder Menschenrechte mit Füßen treten, wenn Jugendliche meinen, sie hätten das Recht, anders Aussehende anzugreifen, und wenn Erwachsene wegschauen und meinen, das ginge sie nichts an, dann sind wir herausgefordert, uns zu wehren.

»Demokratische Teilhabemöglichkeiten sind der beste Schutz gegen rechtsextreme Rattenfängerei«

Wolfram Hülsemann ist Leiter von »Demos – Brandenburgisches Instituts für Gemeinwesenberatung«. Das Institut entwickelte sich aus dem 1998 aufgebauten »Mobilen Beratungsteam – Tolerantes Brandenburg«.

Aufgabe: Beratung in der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens, insbesondere gegen rechtsextreme Gefährdungen

Gründung: 1998

Sitz: Geschäftsstelle in Potsdam

Mitarbeiter: 14 sowie Honorarkräfte

Etat: 775.000 Euro, Förderung der Mobilen Beratung durch die Landesregierung

www.aktionsbuendnis.brandenburg.de

Erinnern Sie sich an ein prägnantes Erlebnis aus Ihrer Arbeit, das aus ihrer Sicht die Probleme im gesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus anschaulich macht?

Da gibt es viele; aus der Fülle auszuwählen, ist für mich schwer. Wenn ich mich auf ein Beispiel beschränken soll, dann dieses: Nach einem Überfall auf einen Dönerimbiss gab es ein Gespräch mit BürgerInnen der Gemeinde. Ein Satz blieb mir dabei deutlich in Erinnerung, vielleicht weil er auf den Kernbereich des gesellschaftlichen Problems verweist. Eine Frau sagte: »Was die gemacht haben, war ja nicht richtig! Aber verstehen kann man das irgendwie!«

In den Statistiken über rechtsextreme Gewalttaten in Deutschland steht Brandenburg immer weit oben. Welchen Beitrag leistet Ihr Institut bei der Bekämp-

fung von Rechtsextremismus und rechtsextremer Gewalt?

Wir helfen vor Ort, die unterschiedlichen Erscheinungsformen und Handlungsstrategien des Rechtsextremismus wahrnehmen zu lernen. Wir bestärken Menschen in ihren demokratischen Grundorientierungen und ermutigen sie, sich in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Entwicklungen zusammenzutun. Und wir befördern öffentliches Engagement zum Wohle des Gemeinwesens unter demokratischen Vorzeichen. Demokratische Teilhabemöglichkeiten zu entwickeln, ist der beste Schutz gegen rechte Rattenfängerei.

Welches Problem wird sich Ihrer Ansicht nach in Zukunft verstärkt stellen?

Es gibt Anzeichen, dass rechtsextreme Einstellungen von vielen Menschen nicht mehr als extrem empfunden werden. Dass die Demokratie nichts tauge, »bei Adolf« auch nicht alles schlecht gewesen sei, die Juden wieder viel zu viel Macht hätten usw., tönt nicht nur aus Propagandarohren rechtsextremer Parteien. Ich erwarte von uns allen, die Gefahren einer allmählichen Erosion demokratischen Bewusstseins endlich als die eigentliche Bedrohung zu erkennen. Darüber hinaus macht mir Sorge, dass Jugendliche immer mehr Gefahr laufen, Wertschätzung und Erfolgserlebnisse bei Rechtsextremen zu suchen. Bereits heute gehen Neonazis professionell auf diese Bedürfnisse ein. Einige der Akteure, die uns gestern mit Glatze oder Scheitel auf Nazi-Demonstrationen begegneten, studieren heute Jura und Sozialpädagogik und können morgen die Wege der rechten Szene lenken.

Alle Vereine, die sich in Ostdeutschland gegen Rechts engagieren, benötigen finanzielle Unterstützung. Was aber erwarten Sie darüber hinaus von der Politik?

Ach, wenn das mit dem Geld so einfach wäre! Häufig erleben sich ja engagierte BürgerInnen immer noch als BittstellerInnen, wenn sie – Demokratie stärkend – sinnvolle Projekte initiieren. Abgesehen davon müssten aus meiner Sicht manche jugendpolitische Diskussionen vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Auch sollte die ein oder andere Entscheidung zur Strukturentwicklung im Lande stärker die Empfindungen der BürgerInnen berücksichtigen, damit deren Teilhabe- und Mitgestaltungslust im demokratischen Gemeinwesen gestärkt wird. Die Menschen in den von den Zentren abgelegenen Gebieten müssen wieder die Erfahrung machen, dass Politik für sie aus ihrer dörflichen Perspektive und nicht aus der Stadt konzipiert und gestaltet wird.

Mitglieder des Aktionsbündnisses Wittstock in Rheinsberg, April 2005

Polizei, Justiz und rechte Gewalt

Polizeihauptwache in Prenzlau, September 2000

»Empörend und besorgniserregend« sei die hohe Zahl von Übergriffen auf AusländerInnen, bekannte der damals scheidende brandenburgische Innenstaatssekretär Eike Lancelle im Frühjahr 2006 mit Blick auf Rheinsberg. Dort war die Zahl rechter Straftaten laut Potsdamer Innenministerium von sechs in 2004 auf 31 im Jahr 2005 gestiegen. Auch in diesem Jahr riss die Reihe der Straftaten nicht ab. Vier Jugendliche im Alter zwischen 17 und 19 Jahren hatten Mitte Februar in vier Geschäften und Restaurants von MigrantInnen randaliert und Sachschaden angerichtet. Vier Wochen später zog eine Gruppe junger Rechter zum Haus der Inhaberin eines China-Restaurants und beschimpfte die Frau, deren Lokal bereits im Februar beschädigt worden war.

Wittstock ist ebenfalls ein Schwerpunkt rechter Kriminalität. Wie Polizeidirektor Dieter Kahler im März 2005 bekannt gab, entfielen noch im Jahr 2004 von den 106 politisch motivierten Straftaten im Landkreis Ostprignitz-Ruppin 43 auf die Dossestadt. Inzwischen ist die Zahl der Straftaten zurückgegangen, was auch als ein Erfolg des hohen Verfolgungsdrucks gelten darf. Von Entspannung kann jedoch keine Rede sein. Im November 2005 jagten sechs Rechte im Alter zwischen 20 und 25 Jahren einen 26-jährigen Studenten, warfen ihn zu Boden und misshandelten ihn. Die sechs Wittstocker sind zum Teil einschlägig vorbestraft und der Polizei als gewaltbereite Rechte bekannt. Erst im Juli randalierte nach der Niederlage des deutschen Teams im WM-Halbfinale ein ebenfalls polizeibekannter Rechter vor einem italienischen Restaurant und trat mehrere Tische und Stühle um.

Rechte Gewalt geht nicht nur von organisierten Neonazis aus. Rechtsmotivierte Straftaten haben unterschiedliche Facetten. Sie reichen von Hakenkreuzschmierereien, dem Zeigen des »Hitler-Grußes« bis hin zur verbalen Bedrohung. Trotz der großen Entschlossenheit, mit der die Brandenburgische Polizei seit Jahren rechte Straftaten verfolgt, ist deren Zahl im Jahr 2005 um 30 Prozent angestiegen. 1.294 Delikten standen 1.051 im Jahr 2004 gegenüber. Im gleichen Zeitraum registrierte die Polizei 97 rechte Gewalttaten, acht weniger als im Vorjahr. Im längerfristigen Vergleich markieren die 97 Taten jedoch weiterhin ein überdurchschnittlich hohes Gewaltniveau (2002: 81 rechte Gewaltdelikte; 2003: 87). Die seit 2004 anhaltend hohe Aufklärungsquote von fast 92 Prozent bei rechten Gewalttaten schreckt offenkundig nicht dauerhaft ab.

Trotz Verfolgungsdrucks mehr Straftaten

Nach einer Analyse des Brandenburgischen Landeskriminalamtes wurden im Jahr 2005 77 Prozent der Gewalttaten spontan begangen, ebenso oft geschah die Tat aus einer Gruppe heraus, in 75 Prozent der Fälle waren die TäterInnen alkoholisiert. Mehr als 90 Prozent der TäterInnen waren zwischen 14 und 29 Jahren alt. Dass sich das Problem in Zukunft von selbst erledigen wird, ist nicht zu vermuten. 2005 hatten 83 Prozent der Tatverdächtigen erstmals eine rechte Straftat verübt. Diese Zahl unterstreicht, was auch im Handlungskonzept der Landesregierung »Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie« festgestellt wird: »Polizeiliche Maßnahmen und die Strafjustiz stehen häufig am Ende von Fehlentwicklungen. Sie können nur in begrenztem Maße Wirkung erzielen, die Gesellschaft und Einstellungen verändern.« *mb*

Polizeiliches Vorgehen »am Anschlag«

»Wir kennen das persönliche Umfeld jedes Einzelnen«, so zitiert Spiegel-Online den Leiter der »Mobilen Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit« (MEGA) im Bereich Ostprignitz-Ruppin. Ob Wohnungswechsel, neue Jobs, Partnerwechsel oder Familiengründung – die BeamtInnen wissen Bescheid. Anfang des Jahres begleitete ein Spiegel-Journalist die Spezialeinheit bei einem Einsatz in einem Jugendklub in Heiligengrabe, unweit von Wittstock. Hier war eine Woche zuvor ein Aussiedler von vier Skins verprügelt worden.

Massive Repression

In Brandenburg wurden schon frühzeitig neue Wege in der Bekämpfung rechter Straftaten beschritten. 1998 landesweit als überörtliche Sonderkommission unter Einsatzführung des Landeskriminalamts eingeführt, wurden die MEGA im Juni 2000 den Polizeipräsidien zugeordnet. Heute sind sie den Jugendkommissariaten jedes Polizeischutzbereichs angegliedert. Ihre Aufgabe: durch detaillierte Kenntnisse der Szene, Sachkompetenz und Hintergrundwissen den Verfolgungsdruck gegenüber rechten GewalttäterInnen zu erhöhen.
Die MEGA sind klassisch repressiv ausgerichtet. Ihre Arbeit wird seit Anfang des Jahres 2001 durch »Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt« (TOMEG) ergänzt. Gezielt werden dabei auffällig gewordene GewalttäterInnen aus der rechten Szene ins Blickfeld genommen. Die BeamtInnen erstellen so genannte Personagramme, die persönliche Daten – angefangen vom Geburtsdatum über begangene Straftaten bis hin zum Arbeitsplatz, Freizeitinteressen, Vertrauenspersonen – und auch Gründe für die Gewalttätigkeiten enthalten. Auffällig gewordene Rechte werden zu Hause oder am Arbeitsplatz aufgesucht. Das Ziel: In enger Kooperation mit den MEGA, Jugendämtern und Staatsanwaltschaften sollen GewalttäterInnen aus der rechten Szene gelöst werden.
Nach den rechten Gewaltexzessen der 1990er Jahre und deren mangelhafter Verfolgung wurde grundsätzlich anerkannt, dass die Polizei die Aufgabe hat, überall dort, wo sich rechte Gruppen Räume durch Faustrecht aneignen und ihre Umwelt drangsalieren, rechtsstaatliche Positionen durchzusetzen und so genannte Angsträume aufzubrechen. Seitdem müssen neonazistische AktivistInnen und gewaltbereite Cliquen zunehmend damit rechnen, ins Visier der Spezialeinheiten zu geraten. Im vergangenen Jahr haben die MEGA über 23.000 Personen kontrolliert. Dabei erfolgten 197 Festnahmen und 363 Ingewahrsamnahmen, ferner wurden 1.521 Platzverweise ausgesprochen und 456 Straftaten festgestellt. Im gleichen Zeitraum standen 264 Personen im Fokus personenorientierter Maßnahmen im Rahmen des TOMEG-Programms.
»Mit den Mitteln des Rechtsstaates durch den Einsatz der Polizei sind wir am Anschlag«, konstatierte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm im März 2005. Zudem: Allein polizeiliches Handeln kann rechte Gewalt nicht stoppen. »Der anhaltende massive Aufklärungs- und Verfolgungsdruck der Polizei kann politisch motivierte Gewalt zwar im Zaum halten; er kann aber deren Ursachen nicht beseitigen. Dies erfordert das intensive Engagement von Staat, Politik, Gesellschaft und Bürgern«, so Schönbohm. *mb*

Kontrolle der MEGA in Wittstock, Juli 2001

Staatsanwaltschaften: Sonderdezernate gegen Rechtsextremismus

Wachsamkeit, »Null Toleranz« und eine strenge Bestrafung – dieser Dreiklang mache die Strategie der Staatsanwaltschaft Neuruppin aus, wenn es um die Verfolgung rechter StraftäterInnen geht. Mit diesen Schlagworten umriss der Leitende Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher Anfang 2005 vor der Richterakademie Wustrau den Kurs seiner Behörde, die für die Strafverfolgung im gleichnamigen Landgerichtsbezirk zuständig ist, der die Landkreise Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz und ein Großteil des Kreises Uckermark umfasst.

Damit liegen die Neuruppiner StaatsanwältInnen auf der Linie, die seit Ende der 1990er Jahre in Brandenburg verfolgt wird. Das Land war in den Jahren nach der Wende durch brutale Gewalttaten von Rechten bekannt geworden – angefangen mit dem Totschlag von Amadeu Antonio 1990 in Eberswalde bis zur Hetzjagd in Guben 1999, die den Tod des Asylbewerbers Farid Guendoul zur Folge hatte. Hatte es, wie der Brandenburgische Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg erst jüngst einräumte, nach der Wende deutliche Defizite bei der Strafverfolgung rechter TäterInnen gegeben, so wird der Ermittlung rechter StraftäterInnen und ihrer schnellen Verurteilung heute Priorität beigemessen. Wie eine Studie des Potsdamer »Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung« ausweist, werden inzwischen 55 Prozent der Ermittlungsverfahren innerhalb von drei Monaten durch Anklage abgeschlossen.

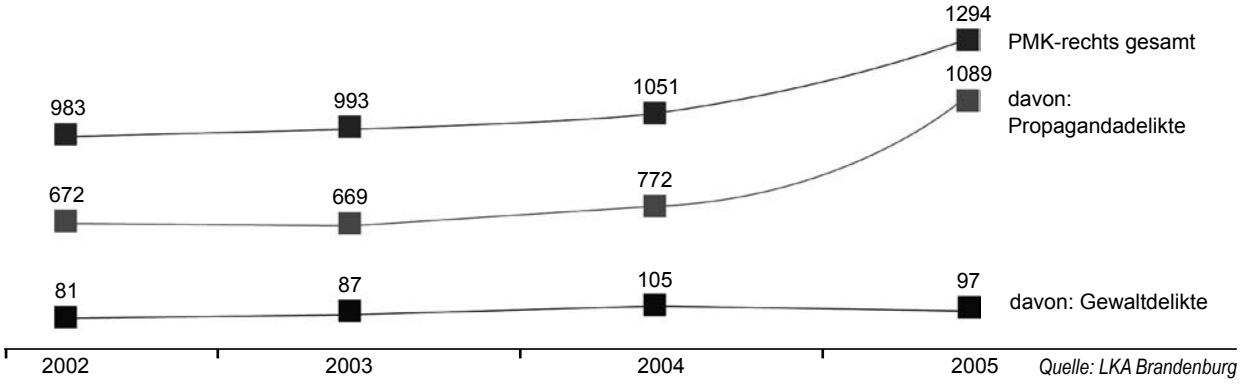
Bei den Staatsanwaltschaften wurden Sonderdezernate eingerichtet, die für die Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit fremdenfeindlichem, antisemitischem oder rechtem Hintergrund zuständig sind. Die hier eingesetzten StaatsanwältInnen sind besonders ausgebildet. Zudem widmet sich seit Januar 2001 die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Cottbus rechten Propagandadelikten im Internet.

Schnelle Urteile, harte Strafen

Dass die Zahl rechtsmotivierter Straftaten in Brandenburg weiter zugenommen hat, ist daher nicht auf mangelnde Strafverfolgung zurückzuführen. »Die Schrauben können wir nicht noch mehr anziehen«, so Gerd Schnittcher. Die Bilanz seiner Behörde spricht für sich: Der Oberstaatsanwalt verwies in der Richterakademie auf die hohe Aufklärungsquote (81 Prozent bei den Gewaltdelikten), harte Urteile (in 40 Prozent der Fälle wurden die TäterInnen zu Jugend- oder Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt), die relativ schnelle Bestrafung (häufig in so genannten beschleunigten Verfahren) und die Zusammenarbeit mit der Polizei.

Das Problem: Wer aus politischen Gründen straffällig wird, lässt sich von der Aussicht auf Haftstrafen nicht abschrecken; gerade recht StraftäterInnen gingen aus dem Gefängnis »in Sekundenschnelle wieder in ihre Szene zurück«. *mb*

Politisch motivierte Kriminalität-rechts in Brandenburg
(Gesamt/Propagandadelikte/Gewaltdelikte)



Rheinsberg: Standortfaktor Rechtsextremismus

Herausgegeben von der Stadt Rheinsberg, Mai 2006

Die Rheinsberger Schlösser- und Seenlandschaft ist mit über einer halben Million BesucherInnen jährlich neben Potsdam und dem Spreewald das touristische Zentrum Brandenburgs. Die traditionelle Keramikmanufaktur, Lesungen im Tucholsky-Museum sowie das Opernfestival im Hof des Schlosses des Kronprinzen Friedrich ziehen kulturell und historisch Interessierte an. Die Wirtschaft ist auf den Fremdenverkehr ausgerichtet. Das war nicht immer so. 700 Menschen arbeiteten einst am Großen Stechliner See im ersten Atommeiler der DDR. Als die sowjetischen Reaktoren nach der Wende abgeschaltet wurden, verloren hunderte RheinsbergerInnen ihre Arbeit. Seit der Gebietsreform von 2003 hat die Kommune 9.000 BürgerInnen, die auf nicht weniger als 17 Ortsteile verteilt sind. 5.000 Menschen leben in der touristischen Altstadt. Mit gerade 28 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer gehört die Gemeinde zu den am dünnsten besiedelten Deutschlands.

Fremdenfeindlichkeit hat dem Erholungsort viele Negativschlagzeilen beschert. Rechte Gewalt vor Rokoko-Kulisse – der Kontrast reizt. Wohl keine Gemeinde ist so oft von ReporterInnen aufgesucht worden, die dem Phänomen des ostdeutschen Rechtsextremismus nachspüren wollten. Alles begann, als im Juli 1998 der Leiter der Tucholsky-Gedenkstätte von einem jungen Rechten zusammengeschlagen wurde. Die neue Stadtschreiberin Inka Bach, die an jenem Abend erstmals öffentlich gelesen hatte, trug daraufhin zusammen, was sie über Hakenkreuze, Judenwitze und rechte Überfälle erfuhr. Ihr im Jahr 2000 erschienenes Rheinsberger Tagebuch »Wir kennen die Fremde nicht« ist eine Anklage gegen das Verharmlosen und Leugnen. Ihr Plädoyer für die Unterstützung der

Opfer rechter Gewalt litt jedoch darunter, dass sie zugleich mit den »verschlossenen Gesichtern« der RheinsbergerInnen und dem »Gestank« der DDR abrechnete, aus dem die Berlinerin als 16-Jährige geflohen war. Von der Bild-Zeitung, aber auch von SchriftstellerkollegInnen erntete sie harsche Kritik.

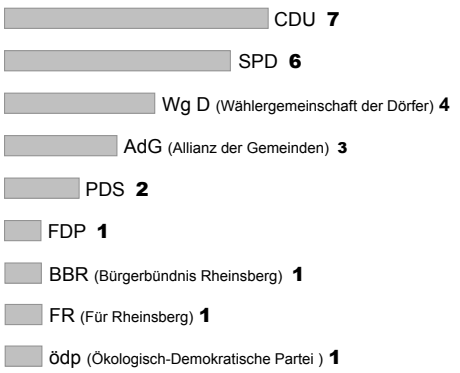
Eine Stadt im Zwiespalt

Der Brandanschlag auf einen Dönerstand im Frühjahr 2005 brachte die rassistische Gewalt wieder auf die Titelseiten. Es war schon der vierte Anschlag gegen den Imbiss. Die kurdische Familie erwog nun, der Stadt den Rücken zu kehren. Aber Bürgermeister Manfred Richter und mit ihm viele RheinsbergerInnen stellten sich mit Demonstrationen entschieden auf die Seite der NeubürgerInnen. Mit Spenden wurde ein neuer Imbiss eingerichtet. Kurz darauf griffen Rechte asiatische Geschäfte und ein Restaurant an.
Angesichts 31 rechter Straftaten im Jahr 2005 will Richter mehr als kurzfristigen Aktionismus. In Rheinsberg muss sich grundsätzlich etwas ändern; was und wie – darüber sollen BürgerInnen, Unternehmen und Vereine auf einer »Zukunftskonferenz« im November 2006 gemeinsam beraten. Für den klaren Kurs erhält die Stadtverwaltung Anerkennung und professionelle Unterstützung, so etwa vom Brandenburgischen Innenministerium, der »Friedrich-Ebert-Stiftung« und dem »Mobilen Beratungsteam«. Manche der Stadtverordneten meinen jedoch, das »politisch korrekte Getöne« schade nur dem Ansehen der Stadt. Für die rechte Gewalt macht etwa ein Mandatsträger der »Allianz der Gemeinden« die »links orientierte Jugendpflegerin« verantwortlich. Solchen Ausfällen stimmt sicherlich nur eine Minderheit zu. Denn die Jugendarbeiterin, die den »Langen Tag der Jugend« etablierte, wurde von SchülerInnen und Eltern sehr geschätzt. Im Dezember 2005 wurde sie entlassen. Eine Mehrheit der Stadtverordneten hatte gegen sie gestimmt. *jf*

Profil Rheinsberg

Bevölkerung:	**9.066**
Fläche:	**325 km²**
Siedlungsdichte:	**28 Einwohner/km² (Bund: 231)**
Gliederung:	**17 Ortsteile**
Bürgermeister:	**Manfred Richter (SPD)**

Stadtverordnetenversammlung / Sitzverteilung



»Angriff auf uns alle«

– Dokumentation eines Offenen Briefes

Lieber Mehmet Çimendag,
mit tiefer Bestürzung und mit großer Beschämung haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass in der Nacht vom 29. zum 30. März Ihr Imbiss-Wagen in Rheinsberg einem Brandanschlag zum Opfer gefallen ist.
Wir sind zutiefst beschämt, dass unter uns offenbar Menschen leben, die aus Verdruss, Unwissenheit und Fremdenhass heraus zu solchen Taten fähig sind. Wir betrachten den Angriff auf Ihr Eigentum als einen Angriff auf unser Gemeinwesen.
Wir sind nicht gewillt, solche Taten in unserer Stadt zu dulden. Wir fordern die Polizei und die Ermittlungsbehörden auf, mit aller Konsequenz die Täter zu ermitteln. Und wir fordern die Gerichte auf, solche Taten nicht als »jugendlichen Leichtsinn« zu behandeln, sondern als das, was sie sind: eine Gefährdung unser aller Zusammenleben in einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft. Aus unserer Geschichte wissen wir, dass jeder Angriff gegen einen als »fremd« oder »andersartig« Stigmatisierten sich gegen uns selbst richtet und gegen eine demokratische verfasste Zivilgesellschaft.
Viele Menschen unserer Stadt und unsere Gäste betrachten und nutzten Ihr Angebot als eine Bereicherung ihrer Lebenskultur. Wir möchten Sie, lieber Mehmet Çimendag, bitten, unserer Stadt nicht den Rücken zu kehren. Wir bieten Ihnen an, Sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, in unserer Stadt eine sichere Existenz zu gründen.
Sie haben durch diesen Anschlag die Existenzgrundlage für sich und Ihre Familie verloren. Wir möchten Ihnen helfen, diese so schnell wie möglich wieder aufzubauen.
Wir rufen alle Rheinsberger und alle Menschen auf, die mit uns und mit allen Menschen unterschiedlicher Herkunft in einer friedlichen Gesellschaft leben wollen, Sie mit einer Spende – zum Beispiel in Höhe des Kaufpreises eines Döners – zu unterstützen.

Rheinsberg, 13.4.2005, Manfred Richter, Bürgermeister; Ilona Kretzschmar-Schmidt, Pfarrerin; Erich Kuhne, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung.

»Rufmord an einer Stadt«

– Dokumentation eines Leserbriefes

Mit Sorge und Befremden beobachte ich seit einigen Wochen die in der Presselandschaft und auf kommunaler Ebene hochgespielte, völlig übertriebene Thematik des Rechtsextremismus in Rheinsberg.
Bei Nicht-Rheinsbergern entsteht der Eindruck, dass in Rheinsberg die rechte Gewalt dominiert, die braunen Horden öffentliche Straßen und Plätze besetzt halten und man deshalb diese Stadt meiden sollte! (Eltern melden ihre Kinder von der Schule ab, Buchungen werden storniert.)
Die Wahrnehmung der Bürger von Rheinsberg, auch die von Schülern und Jugendlichen sowie meine eigene, ist eine völlig andere!
Es gibt in ganz Rheinsberg höchstens vier aktiv gewaltbereite Jugendliche (alle namentlich bekannt), die es aber dank der Thematisierung in Form von Presseartikeln, Protesten, Kundgebungen, Nun-erst recht-Parolen und so weiter immer wieder schaffen, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, die sie sich wünschen.
In unserer Stadt gibt es nicht mehr, sondern eher weniger gewaltbereite Rechtsradikale als in anderen vergleichbaren Städten. Und diese Jugendlichen, die in unserer Stadt leben und die wir als rechts orientierte oder gewaltbereite Rechtsextremisten bezeichnen, sind in Rheinsberg erzogen, in die Schule gegangen und haben sich alle unter dem Wirken einer links orientierten Jugendpflegerin zu dem entwickelt, was sie heute sind. Da dürfte also in der Vergangenheit etwas falsch gelaufen sein. (...)
Es bedarf also weder politischen korrekten Getönes und Spektakels noch eines bürgerwehrähnlichen Alarms, organisiert von kommunalen Akteuren aus dem linken Spektrum, das natürlich ein bestimmtes Ziel verfolgt. (...)
In Rheinsberg brauchen wir andere, demokratischere Denkstrukturen, solche, die integrieren und nicht polarisieren und wobei der Begriff Toleranz nicht auf den Umgang mit Ausländern begrenzt bleibt, sondern auch unter anders denkenden Deutschen Anwendung findet. (...)

Leserbrief an die Märkische Allgemeine Zeitung, 16.5.2006, Stadtverordneter Jürgen Scheigert (Allianz der Gemeinden). Schreibweise wie im Original.

Wittstock: Eine Stadt kämpft um ihren Ruf

Ordner bei einer Neonazi-Demonstration, August 2004

Ganz im Nordwesten Brandenburgs liegt die Kleinstadt Wittstock. Die alte Bischofsstadt mit Burg und Museen besitzt eine der schönsten historischen Stadtkerne der Region. 1953 zur Kreisstadt ernannt, verlor die Gemeinde diesen Status 1993 im Zuge der Gemeindegebietsreform; der Kreis Wittstock ging im neuen Landkreis Ostprignitz-Ruppin auf. Die neue Großgemeinde Wittstock/Dosse, die 25 Orts- und Gemeindeteile umfasst, erstreckt sich über 417 km² und ist damit, nach Berlin und Hamburg, von der Fläche her die drittgrößte Stadt Deutschlands. Wittstock hat allerdings nur etwa 16.000 EinwohnerInnen.

Seit 1990 hat die Stadt ein Drittel der Bevölkerung verloren. Die massive Abwanderung war in erster Linie die Folge der nach der Vereinigung einsetzenden Deindustrialisierung. Erst in den 1970er Jahren war in der ländlich geprägten Region mit dem Aufbau einer Möbelindustrie sowie metallverarbeitender und textilverarbeitender Betriebe begonnen worden. Das »VEB Obertrikotagewerk« war der wichtigste Arbeitgeber der Region, heute ist in dem Gebäude des ehemaligen Textilbetriebs die »Agentur für Arbeit« untergebracht. Der Bevölkerungsrückgang wurde zum Teil durch den Zuzug von deutschstämmigen ÜbersiedlerInnen aus den GUS-Staaten abgeschwächt. Allerdings versuchten die meisten Russlanddeutschen, nach Ablauf des dreijährigen Wohnbelegungszeitraums die Region gen Westen zu verlassen – nicht zuletzt wegen der Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung.

Um die Jahrtausendwende geriet Wittstock durch regelmäßige Aufmärsche der NPD, brutale Überfälle und einen Brandanschlag auf eine Dönergaststätte in die Schlagzeilen überregionaler Medien.

Die Polizei reagierte mit der Einrichtung der Sonderkommission »Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt Nord« (TOMEG), die sich ab 2002 systematisch mit 60 Wittstocker GewalttäterInnen und RechtsextremistInnen befasst. Auch die Stadt zeigt Initiative. Im Herbst 2001 wurde das »Aktionsbündnis für ein tolerantes Wittstock – couragiert gegen Rechts« gegründet. Initiiert von der örtlichen Polizei, engagierten sich dort der Superintendent der evangelischen Kirche sowie Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Aufgaben mit dem Problem konfrontiert wurden: LehrerInnen und SozialarbeiterInnen, VertreterInnen der Stadtverwaltung, Polizei und Feuerwehr. Im August 2003 kam es anlässlich des Todestages von Rudolf Hess zu einem geradezu gespenstischen Aufmarsch, der von keinerlei Protesten begleitet wurde. Daraufhin mobilisierte das Aktionsbündnis im folgenden August die WittstockerInnen erstmals zu einer direkten Gegendemonstration. Zwar konnten die Rechten erneut marschieren, aber es blieb dies bis heute ihre letzte größere Demonstration in Wittstock.

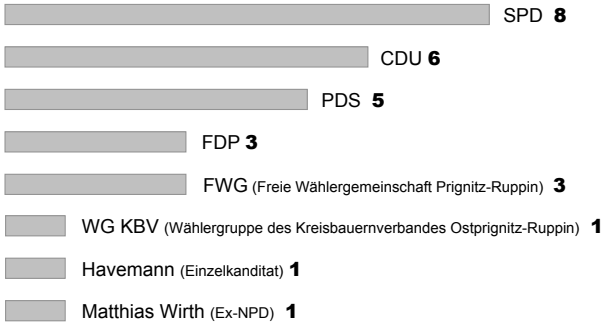
Zivilgesellschaft auf neuen Wegen

In jüngster Zeit hat sich das Bündnis bemüht, den Kreis der Aktiven auszuweiten. In diesem Zusammenhang erfolgte 2006 die Umbenennung in »Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung«. Zukünftig soll das Bündnis zu einem »Forum der Bürger« weiterentwickelt werden und auch die potenziellen Opfer rechter Gewalt, etwa Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und alternative Jugendliche, stärker einbeziehen. *tbm/mb*

Profil Wittstock

Bevölkerung:	**15.525**
Fläche:	**417 km²**
Siedlungsdichte:	**40 Einwohner/km² (Bund: 231)**
Gliederung:	**25 Ortsteile**
Bürgermeister:	**Lutz Scheidemann (FDP)**

Stadtverordnetenversammlung Wittstock / Sitzverteilung



Nazis auf dem Marktplatz. Alltag in Wittstock

Neonazi-Aufmarsch in Wittstock, August 2004

Mordanschläge auf Aussiedler, brennende Dönerbuden, geschändete Gedenkstätten. Neben Kundgebungen und Demonstrationen kommt es in Wittstock und Umgebung immer wieder zu rechten Gewalttaten. Im Mai 2001 stürzte ein dunkelhäutiger Jugendlicher auf der Flucht vor Neonazis drei Stockwerke in die Tiefe. Einen Monat zuvor war eine Reisegruppe aus den USA in der Wittstocker McDonalds-Filiale angegriffen worden. Zwei Jahre später wurde eine 13-jährige dunkelhäutige Schülerin von vier 14- bis 16-jährigen Mädchen zusammengeschlagen. Im November 2004 wurde der 83-jährige Holocaust-Überlebende Pavel Stránský Opfer antisemitischer Beleidigungen in der Wittstocker Gesamtschule.

Beleidigungen, Demonstrationen, tödliche Gewalt

Ihren traurigen Höhepunkt erreichten die gewalttätigen Übergriffe im Mai 2002 mit dem tödlichen Überfall auf den russischen Spätaussiedler Kajrat Batesov. Der Einwanderer und ein Freund von ihm wurden nach einem Diskobesuch in Alt-Daber bei Wittstock von fünf Männern zusammengeschlagen, einer der Täter schleuderte einen schweren Stein auf den am Boden Liegenden. Drei Wochen später starb Kajrat Batesov an schweren inneren Verletzungen.

Im Jahr 2002 hatte es in der Dossestadt noch sechs rechte Demonstrationen gegeben; seitdem ist die Zahl rechter Demonstrationen rückläufig. Der polizeiliche Verfolgungsdruck, das Engagement des örtlichen Aktionsbündnisses und neue Projekte in der Jugendarbeit haben sicherlich dazu beigetragen, dass die martialischen Aufmärsche mit Fahnen und Trommeln seltener geworden sind. Zugleich haben sich die Aktivitäten der organisierten Rechten auf andere Ebenen verlagert: Seit 2003 ist mit Matthias Wirth ein Neonazi Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. 2004 trat er mit den übrigen maßgeblichen Wittstocker Neonazis aus der NPD aus und gründete die radikalere »Bewegung Neue Ordnung«, die sich unter dem Namen »Schutzbund Deutschland« auf flächendeckende Propaganda durch Flugblätter und Plakate konzentriert.

Die ersten Erfolge des Engagements gegen Rechts müssen auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass sich durch die 15-jährigen – und in den 1990er Jahren im Wesentlichen ungestörten – Aktivitäten in der Region Wittstock eine ausdifferenzierte und sozial anschlussfähige Szene etablieren konnte. Im Stadtbild sind drei Generationen von AktivistInnen und MitläuferInnen anzutreffen: Zunächst sind da die mittlerweile in die Jahre gekommenen Neonazis, die an den großen Ausschreitungen zu Beginn der 1990er Jahre teilgenommen haben und die heute, häufig nach einigen Jahren Gefängnisaufenthalt, tätowierte Familienväter geworden sind, die ihre Kinder im Dress »Walhalla for Kids« ausführen. Die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren stellen eine zweite Generation dar, die an den Demonstrationen und Übergriffen 2001/2002 beteiligt war. Eine dritte Generation von 13- bis 16-Jährigen ist heute im öffentlichen Raum präsent und sorgt an den Schulen für Kopfzerbrechen. CDs rechtsextremer Bands und T-Shirts mit der Aufschrift »National born killers« können im Ladengeschäft »Hate Hate« im Stadtzentrum erworben werden.

Wie groß das Gewaltpotenzial der Szene nach wie vor ist, zeigte sich zuletzt im Juni 2006: Sechs Wittstocker Rechte schlugen vor dem Jugendklub im nahe gelegenen Heiligengrabe einen Mann zusammen. Als eine Polizeistreife am Tatort eintraf, zertrümmerten sie die Frontscheibe des Einsatzwagens und griffen die PolizistInnen an, wobei drei BeamtInnen verletzt wurden. *tbm/mb*

Ansprechpartner

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Telefon: 0331 8663570
E-Mail: www.aktionsbuendnis.brandenburg.de
Internet: aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Telefon: 030 6116249
E-Mail: mail@apabiz.de
Internet: www.apabiz.de

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Telefon: 0331 8663541
E-Mail: blzpb@mbjs.brandenburg.de
Internet: www.politische-bildung-brandenburg.de

Demokratisches JugendFORUM Brandenburg e.V.
Breitscheidtstraße 41
16321 Bernau
Telefon: 0172 1766891
E-Mail: info@djb-ev.de
Internet: www.djb-ev.de

Demos
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung/Mobiles Beratungsteam
Friedrich-Engels-Straße 1
14473 Potsdam
Telelefon: 0331 7406246
E-Mail: geschaeftsstelle@big-demos.de
Internet: www.gemeinwesenberatung-demos.de

Opferperspektive e.V.
Schlossstraße 1
14467 Potsdam
Telefon: 0171 1935669
E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, Brandenburg e.V.
Friedrich-Engels-Straße 1
14473 Potsdam
Telefon: 0331 747800
E-Mail: info@raa-brandenburg.de
Internet: www.raa-brandenburg.de

Tolerantes Brandenburg
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Telefon: 0331 8663560
E-Mail: angelika.thiel-vigh@mbjs.brandenburg.de
Internet: www.tolerantes.brandenburg.de

Zusätzliche Informationen

www.dasversteckspiel.de
Informationen
über rechtsextreme Symbole und Codes

www.inforiot.de
Informationen für alternative Politik
und Kultur in Brandenburg

www.rechtgegenrechts.org
Informationen
über rechtliche Fragen

www.turnitdown.de
Informationen über Rechtsrock,
Musikszenen, Bands und Labels

www.opferperspektive.de
www.aktionsbuendnis.brandenburg.de